

# Mecklenburg-Vorpommern

25. November 2016 | 14:37 Uhr

## Gewalt gegen Frauen : Zu wenige Plätze in Schutzhäusern in MV

vom 25. November 2016

Aus der Redaktion der Zeitung für die Landeshauptstadt

**Fast 1000 Frauen in Mecklenburg-Vorpommern werden jährlich von ihren Partnern  
misshandelt, missbraucht oder verstümmelt**

• -

Die schwer verletzte Frau schaffte es noch, ihrem Peiniger zu entkommen und auf die Straße zu laufen. Eine Zeugin alarmierte die [Polizei](#). Ärzte versuchten die Frau aus Bergen zu retten. Vergeblich. Sie erlag im Krankenhaus ihren Verletzungen. Nach den bisherigen Ermittlungen soll die 41-Jährige von ihrem Mann nach einem Streit niedergestochen worden sein. Die Polizei geht von einer Beziehungstat aus – wieder einmal.

Das [Landeskriminalamt](#) (LKA) in MV zählte im vergangenen Jahr 998 Straftaten, bei denen Frauen Opfer von Gewalttaten wurden, die vom Ehemann, Partner oder Lebensgefährten verübt wurden – 2014 waren es 1069 Taten. In den meisten Fällen handelte es sich um einfache Körperverletzung (651 Taten). Unter der Rubrik gefährliche und schwere Körperverletzung sowie Verstümmelung listete das LKA 101 Straftaten auf. Außerdem gab es in [Mecklenburg-Vorpommern](#) einen vollendeten Mord. Experten gehen allerdings davon aus, dass weitaus mehr Übergriffe verübt wurden. Nach Angaben der Linksfraktion, die sich auf eine Studie des LKA berufen, werden in MV über 90 Prozent aller Fälle von häuslicher Gewalt gar nicht erst bei der Polizei zur Anzeige gebracht.

Eine Übersicht mit Beratungsangeboten für Opfer häuslicher Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern auf der Internetseite [www.gewaltfrei-zuhause-in-mv.de](http://www.gewaltfrei-zuhause-in-mv.de) Das bundesweite Hilfefon „Gewalt gegen Frauen“ mit der Nummer 08000116016 bietet eine 24-Stunden-Beratung in 15 Sprachen an.

Von Gewalt in der Partnerschaft sind nach Einschätzung der Sozialpädagogin [Birgit Kähler](#) vom autonomen Frauenhaus in Rostock häufig junge Frauen betroffen. „Wir haben aber auch schon eine 70 Jahre alte Betroffene betreut“, erinnert sich Kähler. Häusliche Gewalt sei kein Phänomen, das nur in sozial-schwachen Kreisen auftrete. Beratung und Zuflucht suchten auch Lehrerinnen, Geschäftsführerinnen und Polizistinnen. Geschlagen und misshandelt von Tätern, „die sich mitunter anderen gegenüber ganz normal und nett verhalten“, sagt die Sozialpädagogin.

Frauen, die in der Partnerschaft Opfer von Gewalt werden, können landesweit in einem von neun Frauenhäusern Schutz suchen. Doch das Angebot ist nach Ansicht von Birgit Kähler nicht ausreichend. „Es gibt Lücken. Wir haben immer wieder das Problem, dass es keine freien Plätze in den Schutzhäusern gibt“, erklärt sie. Man habe es aber mit akuten Krisensituationen zu tun, in denen schnell gehandelt werden müsse. Würden betroffene

Frauen im nächstgelegenen Frauenhaus keinen Platz erhalten, müssten sie an Einrichtungen in anderen Städten vermittelt werden.

Aus Sicht der Sozialpädagogin eine problematische Situation. „Gerade wenn die Frauen berufstätig sind und Kinder haben.“ Auch bei der Finanzierung der Schutzhäuser im Land gibt es laut Kähler noch Nachholbedarf. Dies sei bislang keine Pflichtaufgabe der Kommunen. Der Betrieb des Frauenhauses in Rostock ist laut Kähler fest im Haushalt der Hansestadt verankert – „in anderen Städten ist das aber nicht so sicher“, sagt Kähler.

Korrekturbedarf beim Opferschutz im Land sieht auch die Linksfraktion im Landtag. Die Landesregierung weigere sich beharrlich, das Hilfenetz mit Angeboten der Beratung und des Schutzes flächendeckend auszubauen und personell deutlich besser auszustatten, kritisiert der gleichstellungspolitische Sprecher Peter Ritter zum heutigen Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen. Anträge der Linksfraktion, das Hilfesystem finanziell aufzustocken, auch um den Zugang zu erleichtern, seien immer wieder abgelehnt worden. „Es ist völlig inakzeptabel, dass sich SPD und CDU weigern, den Opferschutz als Pflichtaufgabe einzuführen“, kritisiert Ritter. Eine entsprechende Petition des Landesfrauenrates sei einfach vom Tisch gewischt worden.

Die CDU als Regierungspartner teilte dagegen in einer Presseinformation mit die professionelle Beratung, wie etwa in Frauenhäusern, flächendeckend sicherstellen und den Landesaktionsplan zur Bekämpfung von häuslicher und sexualisierter Gewalt weiter entwickeln zu wollen.

<http://www.svz.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/zu-wenige-plaetze-in-schutzhaeusern-in-mv-id15440166.html>